

# EUROPAPARLAMENT MAGAZIN



Foto: Angelika Demmerschmidt

## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Sie halten das nunmehr dritte Europa-Magazin in den Händen. Regelmäßig schreibe ich über meine Arbeit im Europäischen Parlament, in das ich vor drei Jahren für die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)



Landwirtschaft und Tierschutz sind ebenfalls ganz oben auf der politischen Agenda.



gewählt wurde. In meiner Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz (EFA) fühle ich mich wohl und wir arbeiten gemeinsam an wichtigen Themen. Insbesondere die Freihandelsverträge haben uns in der letzten Zeit sehr beschäftigt. Das Europäische Parlament hat – gegen die Stimmen von meiner Fraktion und mir – das europäisch-kanadische Abkommen CETA durchgewunken. Was das für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet und welche anderen Handelsverträge unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedrohen, können Sie auf Seite 5 nachlesen.

Weiterhin steht das Thema Menschenrechte im Mittelpunkt meiner Arbeit: So war ich z. B. vor kurzem in Rwanda und habe dort an den Trauerfeiern zur Erinnerung an die Opfer des Genozids vor 23 Jahren teilgenommen. Dabei bin ich von einem Ausschuss des Parlaments gebeten worden, einige der Hauptschuldigen, die sich in Europa aufhalten, vor Gericht zu bringen. Das ist ein wichtiger Schritt im Friedensprozess von Rwanda. Auch die Entwicklungen in der Türkei machen mir große Sorgen. Im

Herbst vergangenen Jahres besuchte ich die Kurdengebiete und war entsetzt darüber, wie die Menschenrechte dort mit Füßen getreten werden. Über meinen Einsatz für die Menschenrechte erfahren Sie mehr auf Seite 6.

Für das etwas sperrige Thema „Dual use“ wurde ich der Berichterstatter des Europäischen Parlaments. Hier geht es um Produkte, wie z. B. Uran, die zum einen zivil eingesetzt werden können (für den Bau von Atomkraftwerken), zum anderen aber auch militärisch genutzt werden können (für den Bau von Atombomben). Was genau meine Aufgabe ist und wie thematisch breit gefächert diese ist, das steht auf Seite 2.

Landwirtschaft und Tierschutz sind ebenfalls ganz oben auf der politischen Agenda. Nach einer sehr gut besuchten Veranstaltung über die Probleme der modernen Landwirtschaft habe ich ein Positionspapier verfasst, in dem ich unter anderem ein Ende der Lebensmittelverschwendung fordere. Alle Infos dazu finden Sie auf Seite 4.

Auch im Bereich des Themas Mobilfunk tut sich einiges. So wird vielen Menschen immer mehr bewusst, wie schädlich die Strahlung wirklich sein kann – Untersuchungen untermauern das auch wissenschaftlich. Was wir brauchen, sind mehr sogenannte „weiße Zonen“, in die sich elektrosensible Menschen zurückziehen können. Mehr Informationen zum Mobilfunk stehen auf Seite 3.

Ich wünsche Ihnen gute Unterhaltung beim Lesen und freue mich über Ihre Rückmeldung,

es grüßt Sie herzlich,  
Ihr

Prof. Dr. Klaus Buchner, Mitglied des Europäischen Parlaments für die ÖDP

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Buchner,  
Abgeordneter der  
Ökologisch-Demokratischen Partei  
Ebelingstr. 8, 10249 Berlin  
Redaktion: Florence von Bodisco,  
Claude Köhnen  
Layout: Heike Brückner  
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de  
Druck auf Bilderdruck FSC® recycled,  
klimaneutral produziert

## Die Durchsetzung von Menschenrechten im digitalen Zeitalter

Unter „Dual-Use“-Produkten versteht man Wirtschaftsgüter, die sowohl zivil als auch militärisch oder zur Verletzung von Menschenrechten genutzt werden können. Das Thema mag für viele Menschen technisch und unpolitisch klingen. Doch Dual-Use-Technologien sind von zentraler Bedeutung für die Kriegsführung im 21. Jahrhundert und für die Überwachung der Bürger.



Foto: 3dkombinat/fotolia.com

Überwachungskameras können sowohl zum Schutz der Bevölkerung eingesetzt werden, als auch zur Unterdrückung unliebsamer Oppositioneller.

Alle wesentlichen Waffensysteme, die letztendlich kriegsentscheidend sind, haben bedeutende Dual-Use-Komponenten. Digitale Waffen sind technologische Mittel, den „Feind“ auszuspionieren, zu überwachen und auch zu manipulieren. Die „Feinde“ sind in vielen autokratisch regierten Ländern oft die Zivilgesellschaft, Menschenrechtsaktivisten, gewaltfreie Kämpfer für Demokratie oder soziale Rechte. Die verheerende Wirkung der Nutzung digitaler Waffen „Made in EU“ gegen Demokratiebewegungen konnte man im Iran, in Tunesien, Ägypten und Bahrain und vielen anderen Ländern studieren. Es ist somit höchste Zeit, dass wir das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Es geht um nichts weniger als die Durchsetzung von Menschenrechten im digitalen Zeitalter.

Die Europäische Union hat sich das Ziel gesetzt, die Richtlinien zum Export solcher Güter zu harmonisieren. Bislang kann jeder Mitgliedstaat dies so handhaben, wie er möchte. Ein weiterer wichtiger neuer Punkt ist die ausdrückliche Berücksichtigung von Menschenrechtsverletzungen beim Export

von Dual-Use-Gütern, vor allem von Gütern, die zur Überwachung und Unterdrückung der politischen Opposition sowie der Zivilgesellschaft genutzt werden. Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag vorgelegt, den das Europäische Parlament in Verhandlungen mit dem Europäischen Rat, also den Vertretern der Mitgliedsstaaten, beschließen muss. Dabei hat das Europäische Parlament mich zu seinem Berichterstatter ernannt. Das ist ein großer politischer Erfolg, der meine jahrelangen Bemühungen im Bereich der Menschenrechte würdigt. Ich kämpfe nun um eine wertebasierte und menschenrechtsachtende Verordnung. Hier geht es nicht nur um eine grundlegende moralische Frage, sondern auch darum, dass wir Europäer mit unserer Handelspolitik langfristig an politisch stabilen Handelspartnern interessiert sind. Die EU sollte einerseits unsere eigene Sicherheit garantieren, aber auch nachhaltigen Handel und Wohlstand sicherstellen.

Der technologische Fortschritt ist vor allem im Bereich der digitalen Überwachung rasend schnell und es ist meine Absicht, dass die finale Verordnung effektiv gegen die schwarzen Schafe genutzt werden kann. Die jetzigen Schlupflöcher für den Export von schädlichen Produkten und Technologien sollen so gut wie möglich geschlossen werden. Es ist höchste Zeit, diese Praxis zu harmonisieren. Denn was wir nicht wollen, sind 28 unterschiedliche Regelungen und die damit einhergehenden Wettbewerbsverzerrungen. Mit der Verabschiedung der Konfliktmineralien-Verordnung sowie der Anti-Folter-Verordnung hat das Europäische Parlament bewiesen, dass es einen fairen und nachhaltigen, auf Menschenrechten basierenden Handel auch durchsetzen kann.

Die EU ist als ein mächtiger Handelsblock in der Lage, wichtige Impulse zu setzen. Die Dual-Use-Debatte ist eine erneute Gelegenheit, dies zu tun. Das Parlament hat sich in den vergangenen zwei Jahren 15 Mal in Plenarbeschlüssen gegen den Export von Überwachungstechnologie an autokratische Regime und somit für die Förderung der Menschenrechte in unserer Handels-

„ Die EU ist in der Lage, beim internationalen Handel wichtige Impulse zu setzen. “

strategie ausgesprochen. Es gibt im EU-Parlament also einen breiten Willen, unsere Regelungen in diesem Bereich zu verbessern. Wir können jetzt in einem eigenen gesetzgebenden Verfahren zeigen, dass wir zu den vielen Plenarbeschlüssen stehen und eine starke gemeinsame Position ausarbeiten, um gemeinsam und mit einer großen Mehrheitsposition in die Verhandlungen mit dem Rat zu gehen.

## Mehr handyfreie Zonen!

Viele Bürgerinnen und Bürger sind elektrosensibel. Das heißt, sie zeigen Krankheitssymptome, wenn sie Strahlung ausgesetzt sind. Übelkeit, Hautprobleme oder unerträgliche Kopfschmerzen bis hin zu Erbschäden und Krebs – so kann sich die Unverträglichkeit beispielsweise äußern. In Deutschland sind die Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung viel zu hoch. Ich engagiere mich für diejenigen, die unter diesen hohen Grenzwerten leiden.

### Apple warnt vor eigenen Geräten / Neue Studie beweist Gefährlichkeit der Strahlen

Der Konzern Apple, einer der größten Hersteller weltweit von Mobiltelefonen, empfahl vor Kurzem, beim Telefonieren mit dem iPhone ein Headset zu benutzen oder die Freisprechoption zu aktivieren. Außerdem rät der Konzern, das iPhone immer mindestens fünf Millimeter vom Körper entfernt zu tragen. In einer Mitteilung heißt es zu den empfohlenen Maßnahmen, so sei gewährleistet, dass die Belastung nicht über den in den Tests ermittelten Werten liegt.

Ich finde es geradezu sensationell, dass erstmals ein großer Hersteller von Mobiltelefonen vor den Gesundheitsgefahren durch Handy-Strahlung warnt und seine Kunden zum Benutzen eines Headsets aufruft. Bislang wurden Kritiker der Mobilfunkstrahlung immer als Spinner abgestempelt. Dabei gibt es längst schon Studien, in denen die Gefahren von Funkstrahlen belegt werden. Dass nun bei einem großen und mächtigen Konzern offenbar ein Umdenken stattfindet, ermöglicht es hoffentlich, über die Probleme, die die massenhafte Verbreitung von Mobiltelefonen mit sich bringen, in aller Offenheit zu sprechen. So weisen z. B. über 130 Studien nach, dass die gepulste Mikrowellenstrahlung die männlichen Spermien und die gesunde Entwicklung von Embryos gefährdet.

Jahrelang haben die Mobilfunkindustrie sowie die mit ihr verbandelten Politiker die Gefahren von Mobilfunkstrahlung kleingeredet. Dabei stützen sie sich meist auf Untersuchungen, die Lücken in ihrer Argumentation aufweisen. Dagegen gibt es viele Studien an Menschen und Tieren, die zeigen, dass Mobilfunkstrahlen unter Umständen Krebs erzeugen können. So hat z. B. das „IIT Research Institute“ aus Chicago in Tierversuchen festgestellt, dass die Krebsgefahr bei Ratten steigt, wenn sie denselben Funkstrahlen ausgesetzt sind, die auch die Handynetze nutzen. Ich finde das Besorgnis erregend: Auch wenn man über

die genauen Zahlen streiten kann, so wird in der neuesten Studie doch nachgewiesen, dass Mobilfunkstrahlung das Tumorrisiko erhöht. Wenn man den Zahlenwert aus der Studie auf Menschen überträgt, bedeutet das, dass bei weltweit 4,6 Milliarden Handynutzern 184.000 bis 460.000 Hirntumore durch Handystrahlung auftreten. Diese Zahlen darf man nicht einfach ignorieren.

Die bisherige Festsetzung der Grenzwerte geht von der Annahme aus, dass der einzige Schaden, den Mobilfunkstrahlung anrichtet, eine Erwärmung des Gewebes ist. Die vorliegende Studie zeigt – wie auch viele frühere Untersuchungen – dass diese Annahme falsch ist. Daher müssen die Grenzwerte dringend angepasst werden.

Der Europarat schlägt einen Grenzwert von 100 Mikrowatt pro Quadratmeter vor. Das wäre ein Hunderttausendstel des derzeit in Deutschland gültigen Werts und reicht aus für ein funktionsfähiges Mobilfunknetz.

### Bundesbildungsministerin Wanka will W-LAN an Schulen

Vor einigen Monaten hat Bundesbildungsministerin Johanna Wanka angekündigt, dass alle 40.000 Schulen in Deutschland mit drahtlosem Internet sowie Computern ausgestattet werden sollen. Dafür sollen in den kommenden fünf Jahren fünf Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Wanka will so die „digitale Bildung“ in Deutschland voranbringen. Ich bin fassungslos angesichts dieses Vorstoßes, der nicht nur pädagogisch unsinnig ist, sondern auch mit der Gesundheit der Schülerinnen und Schüler sowie des Lehrpersonals spielt. Im Rahmen des Fachs Informatik sollten die Schülerinnen und Schüler durchaus lernen, die Digitalisierung für sich zu nutzen. Eine Durchsuchung aller Schulfächer mit digitalen Inhalten ist dazu aber nicht notwendig.

Ein Buch ist für die Vermittlung von Wissen sehr viel besser geeignet als ein Bildschirm, weil es nicht ständig mit digitalem Schnickschnack ablenkt. Kinder und Ju-



Foto: contrastwerkstatt/fotolia.com  
Wir brauchen mehr handyfreie Zonen, damit elektrosensible Menschen nicht dauerhaft Strahlung ausgesetzt sind

gendliche hantieren in ihrer Freizeit sowieso ständig mit Computern und Smartphones. Zudem kommen gesundheitliche Gefahren durch die WLAN-Strahlen. Künstliche elektromagnetische Felder zwingen dem Körper unnatürliche Schwingungen auf. Ohnehin sind die Grenzwerte für Mobilfunk in Deutschland – gemessen an vielen anderen Ländern – zu hoch und belasteten unnötig. Anstatt Milliarden für die Digitalisierung der Schulen auszugeben und damit die digitale Wirtschaft zu beschenken, sollten die Politiker das Geld lieber dazu nutzen, mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen sowie die häufig maroden Schulgebäude zu sanieren.

### Forderung nach „weißen Zonen“ im öffentlichen Verkehr

Wie der Presse zu entnehmen war, werden künftig viele Fern- und Nahverkehrszüge mit Technik ausgestattet, die es den Gästen ermöglicht, über WLAN das Internet mit Mobilgeräten zu nutzen. Ich fordere in diesem Zusammenhang nun die Einrichtung sogenannter „weißer Zonen“ in einzelnen Abteilen der Züge. In den „weißen Zonen“ soll es keinen Empfang für mobile Endgeräte wie Smartphones und Tablets geben. In diese Abteile können sich dann Menschen zurückziehen, die elektrosensibel sind oder sich entspannen möchten.

Mir ist wichtig, dass mehr Rücksicht auf Menschen genommen wird, die elektrosensibel sind. Zwar sind die Grenzwerte für Mobilfunk in Deutschland zu hoch und belasteten die Menschen unnötig, aber nicht jeder reagiert darauf mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Allerdings kann früher oder später jeder von gesundheitlichen Problemen betroffen sein, deren Ursache eine zu hohe Strahlenbelastung ist. Ich hoffe, dass es irgendwann ein Umdenken gibt und die Gefahren der Strahlungen vom Gesetzgeber ernster genommen werden.

Viele wichtige Infos rund um das Thema finden Sie hier: [www.diagnose-funk.org](http://www.diagnose-funk.org) oder hier: [www.elektrosensibel-muenchen.de](http://www.elektrosensibel-muenchen.de)

## Erfolg für den Tierschutz

Das Wohlergehen der Tiere liegt mir sehr am Herzen, deshalb bin ich auch Mitglied in der Arbeitsgruppe „Animal Welfare“. Leider gibt es politisch gerade bezüglich der Massentierhaltung in der Landwirtschaft noch viel zu tun. Meine Kampagne „Klaus graust's“ läuft indessen mit großem Erfolg weiter und ich vernetze mich mit vielen Verbänden, um auf Missstände aufmerksam zu machen und die Situation zu verbessern.

### Schutz von Nutzkühen

Im März stimmten die Mitglieder des EU-Parlamentes mit überwältigender Mehrheit dafür, „Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkühen“ von der EU-Kommission ausarbeiten zu lassen.

Das ist ein großer Erfolg für den europäischen Tierschutz. Nicht nur, weil die Massentierhaltung in Drahtgitterkäfigen, gegen die wir uns damit einsetzen, ein unbeschreibliches Leid für die Tiere bedeutet. Sondern auch, weil diese Form der Haltung oft auf den starken Einsatz von Antibiotika angewiesen ist, was wiederum den Anstieg von Antibiotikaresistenzen begünstigt.

Unterstützung erfuhren wir und unsere Mitstreiter von zahlreichen Tierschutzorganisationen, hinter denen nach Aussage der Süddeutschen Zeitung über 39.000 Bürgerinnen und Bürger standen. Mein besonderer Dank gilt hier meinem Kollegen Stefan Bernhard Eck.

Hintergrund für den Ruf nach Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkühen war, dass gegenwärtig über 300 Millionen Kühe zur Fleischproduktion innerhalb der EU in Drahtgitterkäfigen gehalten werden. Dabei stehen pro Tier zu meist nur 500 qcm zur Verfügung, was in etwa der Größe eines DIN A4 Blattes entspricht. Die Mastkühe erreichen nach 10 bis 12 Wochen ihr Schlachtgewicht. Weibchen, die der Zucht dienen, werden nach etwa einem Jahr aufgrund nachlassender Leistung aussortiert. Kühe werden auch als Tierfutter für Hunde und Katzen verwendet.

Uns geht es außerdem um den Verbraucherschutz, denn wir wissen, dass bislang

auch das Fleisch erkrankter Tiere in unseren Supermärkten verkauft wird. Das können wir nicht zulassen. Das Parlament stimmte zudem für eine klare Produktkennzeichnung, die es dem Verbraucher möglich macht, eine fundierte Kaufentscheidung zu treffen. Allein das ist schon ein großer Fortschritt.

Dass die Mindestanforderungen für den Schutz von Nutzkühen im EU-Parlament ohne Abstriche angenommen wurden, ist für mich vor allem deshalb wichtig, weil kein einzelnes Land dies hätte entscheiden können. Der Konkurrenzdruck ist einfach zu groß. Wenn aber alle Beteiligten nach denselben Regeln spielen, muss der Einzelne keinen Wettbewerbsnachteil fürchten.

### Klaus graust's

In meiner Kampagne „Klaus graust's“ habe ich mich mit dem Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und antibiotikaresistenten Keimen beschäftigt. Ich bin wirklich erschüttert darüber, dass die Medien erst seit Kurzem darüber berichten, wie häufig Antibiotika in der Massentierhaltung eingesetzt werden und wie schnell diese Praxis für den Menschen lebensgefährlich werden kann. In Deutschland sterben jedes Jahr 30.000 bis 40.000 Menschen an resistenten Keimen, Tendenz steigend. Um das zu ändern, helfen Informationen und der Appell an die Verantwortlichen in der Politik, die Medikation mit Antibiotika bei Menschen und Tieren stärker zu reglementieren. Meine Referentin Angelika Demmerschmidt hält hierzu viele Vorträge, die bei den Besuchern und in der Presse großen Anklang finden.

### Mein Positionspapier zur Landwirtschaft

In der europäischen Landwirtschaft darf es kein „Weiter so“ geben. Massentierhaltung, der Anbau von Monokulturen, der Klimawandel und viele andere Missstände sind schädlich für Menschen, Tiere und Umwelt. Deshalb fordern wir:

- Schluss mit Agrarfabriken, stattdessen artgerechte Weidehaltung von Tieren.
- Verbot von vorbeugender Antibiotika-Gabe an gesunde Tiere und von Reserveantibiotika in der Tierzucht, da sich sonst lebensgefährliche Antibiotika-Resistenzen bei Menschen immer weiter ausbreiten.
- Fleisch, das in den Handel kommt, muss auf Antibiotika-Rückstände und auf resistente Keime geprüft werden.
- Tierärzte, die Medikamente verschreiben und dann gleich verkaufen, dürfen aus dem Verkauf keinen finanziellen Gewinn erwirtschaften.
- Schnellerer Umbau von konventioneller hin zu biologischer bäuerlicher Landwirtschaft. Berücksichtigung der verursachten Schäden (z. B. Nitrat im Wasser, Pestizide, Klimawandel, etc.) in den Preisen von Produkten aus der konventionellen Landwirtschaft.
- Schluss mit den Monopolen bei Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden und der Abhängigkeit unserer Bauern von den großen Agrarkonzernen: Streichung der EU-Verordnung "Saatgutverkehrsrecht". Das ermöglicht den Bauern wieder die Verwendung von eigenem, lokal angepassten Saatgut.
- Verbot von genmanipulierten Lebensmitteln. Gentechnik schadet auch der Biodiversität und schafft Monopole bei Saatgutherstellern (Bsp. Monsanto).
- Lebensmittel- und Ernährungskunde schon in Kindergarten und Grundschule, damit ein Bewusstsein für gesundes und saisonales Kochen entwickelt wird.
- Weg von der Konzentration auf eine exportorientierte Landwirtschaft, da sonst Preise weiter gedrückt werden und nicht nachhaltig produziert werden kann.
- Verbot von Lebensmittelverschwendung, z. B. durch Spenden an Bedürftige.

## Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat

Freihandelsabkommen gefährden nicht nur die Staaten der Europäischen Union. Verträge mit afrikanischen Ländern öffnen den dortigen Markt für Exporte und bedrohen so die lokale Wirtschaft.

### CETA

Am 15. Februar hat das Europäische Parlament grünes Licht für das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen CETA gegeben. Bei der Abstimmung stimmten 408 Abgeordnete für den Vertrag, 254 stimmten dagegen und 33 enthielten sich. Dieser Tag ist ein schwarzer Tag für die europäische Demokratie. Denn: CETA steht für einen rückschrittlichen und unfairen Handel. Dieses Abkommen wurde hinter verschlossenen Türen von Konzernlobbyisten an den Bürgern vorbei entworfen und wird ihre demokratischen Rechte im Staat und vor allem in Gemeinden einschränken.

Ich plädiere stattdessen für eine neue, faire und mit europäischen Grundwerten konforme Handelspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht von Profitgier und Ausbeutung getrieben wird. Unsere Handelspolitik muss sich auf gemeinsamen Handel mit allen Ländern stützen. Dabei muss das europäische Vorsorgeprinzip im Zentrum stehen. Waren müssen ökologisch und nachhaltig produziert und bindende Arbeitnehmerrechte in Handelsverträgen auf beiden Seiten festgeschrieben werden. Die Einhaltung der Menschenrechtscharta muss bei allen Handelsbeziehungen garantiert sein; letztendlich brauchen wir einen finanziellen Ausgleich, der die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern von Handelsverträgen verringert.

CETA muss jetzt noch von den beteiligten Nationalstaaten ratifiziert werden, was aber CETA nicht mehr aufhalten wird. Im Deutschen Bundestag wird die schwarz-rot-gelbe Mehrheit für CETA stimmen. Der Deutsche Bundesrat würde zwar CETA stoppen, wenn sich alle Länderregierungen mit rot-grüner Beteiligung der Stimme enthalten würden, wie es üblich ist, wenn die Koalitionspartner unterschiedlich entscheiden. Das wird jedoch an einigen Bundesländern scheitern, besonders an Baden-Württemberg, wo Winfried Kretschmann für CETA wirbt. Außerdem wird Schweden für CETA stimmen, das eine grüne Regierungsbeteiligung hat.

### Argumente gegen CETA

- Gentechnik in unseren Nahrungsmitteln soll erlaubt werden (Art. 25.2.1 und 25.2.2b)
- Noch mehr Fleisch aus Massentierhaltung kommt auf den Markt. Damit bekommen wir auch mehr tödliche „Krankenhaus“-Keime (Antibiotika-resistente Bakterien), an denen jetzt schon jedes Jahr 30.000 – 40.000 Menschen in Deutschland sterben
- Unsere traditionellen Bauernhöfe werden chancenlos
- Kleine und mittlere Unternehmen werden von internationalen Konzernen verdrängt
- „Schiedsgerichte“ unterwandern unsere Rechtsprechung und unsere Gesetzgebung (Art. 29)
- Der Schutz von Leben und Gesundheit für Menschen, Tiere und Pflanzen steht nicht mehr an erster Stelle (Art. 21.2.2)
- Unsere Demokratie wird eingeschränkt: Es dürfen keine Gesetze erlassen werden, die sich ungünstig auf Handel oder Investitionen auswirken – außer wenn sie unbedingt nötig sind, um gravierende Schäden abzuwenden (Art 21.2.4)
- Mit CETA kommt TTIP „durch die Hintertür“, weil alle großen US-amerikanischen Konzerne Zweigstellen in Kanada haben

### Abkommen zwischen der EU und afrikanischen Staaten

Im vergangenen Herbst wurde ein Abkommen zwischen der EU und einigen afrikanischen Staaten geschlossen. Der Inhalt: Namibia, Botswana, Swasiland und Lesotho werden einen zollfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt genießen. Südafrika als stärkere Volkswirtschaft wird nur auf einen sehr kleinen Anteil seiner EU-Exporte Abgaben zahlen müssen. Im Gegenzug müssen die afrikanischen Länder ihre Märkte für Produkte aus Europa öffnen und Zölle für 86 Prozent der Einfuhren beseitigen. Die größten Verlierer des neuen Arrangements sind die am wenigsten entwickelten Staaten (LDCs). Bisher verfügten sie über uneingeschränkten Marktzugang in der EU (mit der Ausnahme von Waffen), ohne dafür im Gegenzug gleichwertige Leistungen für

die EU erbringen zu müssen. Für Länder wie Lesotho ist das Abkommen also keine wirklich gute Nachricht, denn nun muss das Land auch seinen eigenen Markt weiter für europäische Waren öffnen, ohne dafür mehr Vorteile als bisher zu bekommen. Das Problem dabei ist, dass die Nahrungsmittel in der EU hoch subventioniert und damit billig sind. Mit diesen Preisen können die einheimischen Bauern nicht mithalten. Deshalb werden dort große Teile der Landwirtschaft für den Export von Kaffee, Kakao, Süßfrüchten und Blumen nach Europa umgestellt. Der Handel damit wird meist von einer einzigen Firma durchgeführt, die die Preise so sehr drückt, dass die Bauern kaum noch etwas verdienen. Aber wir haben billigen Kaffee und billige Blumen.

### TiSA und JEFTA

Bislang relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit und ebenso intransparent wie bei TTIP verhandelt seit 2012 die EU und mehr als 20 Staaten über das Freihandelsabkommen TiSA, das den internationalen Handel mit Dienstleistungen regelt. Da drei Viertel der europäischen Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistungen angesiedelt sind, eröffnet sich hier natürlich ein Milliardenmarkt. Eine der Kernaussagen von TiSA ist, „dass jeder Staat Dienstleistungen und deren Anbieter nicht schlechter behandeln soll als seine eigenen Dienstleister oder Anbieter“. Damit schafft man riesige Probleme, weil z. B. eine Kommune nicht mehr so leicht einen Auftrag an eine Firma in ihrer Region vergeben könnte – so würde nämlich der Wettbewerb eingeschränkt.

Die Organisation Greenpeace hat Ende vergangenen Jahres Einblick in die TiSA-Dokumente bekommen und damit die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Zum Beispiel dürften Datenschutzbestimmungen einzelner Staaten keine Handelshemmnisse oder nicht zu rechtfertigende Diskriminierungen gegenüber anderen Staaten darstellen. Das heißt, dass strikte EU-Datenschutzverordnungen unwirksam werden und Nutzerdaten könnten ungehindert weitergegeben werden. Auch sollen sich alle beteiligten Staaten umgehend gegenseitig informieren, wenn sie neue Gesetze oder Verordnungen planen, damit Lobbyisten möglichst frühzeitig Einfluss nehmen können.

Beim Abkommen JEFTA zwischen der EU und Japan wurden die wichtigsten Kapitel noch nicht vereinbart. Soweit man aber den Verhandlungsangeboten entnehmen kann, wird JEFTA eher noch schlimmer als CETA.

Die moderne Landwirtschaft führt häufig zu ausgelaugten Böden.



Foto: Dusan Kostic/istock.com

## Hinschauen und Dranbleiben!

In vielen Ländern der Welt werden die Menschenrechte missachtet. Für mich als Mitglied im Unterausschuss Menschenrechte des Europäischen Parlaments ist es wichtig, mich vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Deshalb bin ich auch oft in Krisengebieten unterwegs und halte Kontakt zu Betroffenen.

### Iran

Im Iran herrscht teilweise ein mittelalterlich anmutendes Rechtsverständnis. So werden Strafen wie Finger und Beine abhacken, Augenlicht blenden oder Tod durch Steinigung festgesetzt. Im Iran existiert weder Presse-, noch Religionsfreiheit. Auch ethnische Minderheiten genießen keinen ausreichenden Schutz. Insbesondere Frauen leiden unter dem restriktiven Regime.

Als Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Iran konnte ich in Teheran mit vielen Regierungsmitgliedern sprechen, u. a. mit dem iranischen Außenminister und einer der stellvertretenden Staatspräsidentinnen. Auch mit der iranischen Botschaft in Brüssel bin ich laufend in Kontakt. Außerdem habe ich am offiziellen Parlamentsbericht über den Iran mitgearbeitet. Dabei weise ich natürlich immer wieder auf die Menschenrechte hin.

Um über die Inhaftierung europäischer Bürger in iranischen Gefängnissen aufmerksam zu machen, habe ich eine Tagung im Parlament abgehalten. Zwar sind es nur kleine Schritte, mit denen wir vorwärts kommen, aber ich gebe nicht auf, weiter über die Situation der Bürgerinnen und Bürger im Iran aufzuklären. Insbesondere die Vernetzung mit Menschenrechtsorganisationen liegt mir am Herzen. Ich hoffe, dass die Kontakte zwischen unseren Parlamenten und mit der Regierung bald Früchte tragen. Erste kleine Verbesserungen konnte ich schon beobachten.

### Türkei

Die Türkei hat zwischen 2007 und 2013 Gelder in Höhe von 4,8 Milliarden Euro von der EU erhalten; diese Summe sollte dazu

dienen, den Beitritt zur Europäischen Union vorzubereiten. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 hat die EU weitere 4,45 Milliarden Euro an finanzieller Unterstützung eingeplant. Insbesondere sollen damit Demokratie, Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit gefördert werden. In Zeiten, in denen der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan versucht, eine Autokratie aufzubauen, in der er fast unbegrenzte Machtbefugnisse erhält, klingen diese Ziele wie Hohn in den Ohren derjenigen, die unter den aktuellen Zuständen leiden müssen. Insbesondere die Menschenrechtssituation im Kurdengebiet, von der ich mir Ende vergangenen Jahres in mehreren Städten einen persönlichen Eindruck verschaffen konnte, ist erschütternd. Innerhalb weniger Monate wurden ohne konkrete Vorwürfe rund 4.600 Lehrer entlassen und 11 Radio- und 23 Fernsehstationen geschlossen. Zudem sind viele gewählte Bürgermeister und Bürgermeisterinnen einfach ihrer Ämter enthoben und verhaftet worden. Städte wurden bombardiert, viele Menschen starben und Tote konnten monatelang nicht beerdigt werden.

All das geschah unter dem Vorwand, Terroristen zu töten oder die Anhänger der

Gülen-Bewegung zu treffen, die Staatspräsident Erdogan für den Putschversuch vom Juli 2016 verantwortlich macht. Die Verfassungsänderung, die nun in Kraft tritt, macht klar, dass es Erdogan aber eigentlich darum geht, Autorität zu zeigen, Macht zu bündeln und seine persönlichen Befugnisse auszubauen.

Die Türkei muss spüren, dass Deutschland und die EU keinesfalls einverstanden sind mit der aktuellen Entwicklung. Allerdings müssen wir weiter auf Dialog setzen, da die vielen Tückerinnen und Türken, die derzeit unter den Entscheidungen von Staatspräsident Erdogan leiden, auf unsere Hilfe angewiesen sind. Dieser Kurs erfordert diplomatisches Geschick und sicherlich einen langen Atem.

### Marokko/Westsahara

Im November 1975 besetzten die Armeen von Marokko und Mauretanien klammheimlich das Gebiet der Westsahara und Spanien erlaubt es den beiden Ländern, die Westsahara unter sich aufzuteilen. Dem vorausgegangen war 1973 die Befreiung der Westsahara von der Kolonialmacht

Spaniens. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag schrieb zur Annexion der Westsahara, dass es zwar gewisse historische Verbindungen zu Marokko gebe, sich aus diesen aber kein territorialer Anspruch herleiten könne. 1991 wurde ein Referendum vorbereitet bzgl. der Frage, ob die Westsahara unabhängig werden oder sich Marokko anschließen sollte. Viele Streitereien um die Frage nach der Stimmberechtigung führten dazu, dass bis heute keine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Westsahara stattfand. 2007 präsentierte Marokko dem UN-Sicherheitsrat einen Autonomie-Plan für die Westsahara, der aber das Recht der Selbstbestimmung nicht beinhaltet.

Im vergangenen Jahr kam der Konflikt noch einmal in die Öffentlichkeit, weil vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verhandelt wurde, ob die EU eine widerrechtliche Annexion unterstützt, weil Marokko Produkte aus dem Gebiet der Westsahara in die EU exportiert. Bereits 2015 hatte der Europäische Gerichtshof entschieden, dass das Freihandelsabkommen nicht mehr für die Produkte aus der Westsahara gelten darf. 2016 wurde das Urteil der Großen Kammer des EuGH zur Überprüfung vorgelegt. Im Dezember hat der EuGH nun endgültig entschieden, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Marokko nicht auf das Gebiet der Westsahara anwendbar ist. Damit haben die Luxemburger Richter ein klares Urteil gesprochen, aber die Lage für die Menschen in der Westsahara ist dadurch kaum besser geworden.

Mir als Europaabgeordneter im Unterausschuss für Menschenrechte bleibt da vor allem, immer wieder auf die Lage in der Westsahara aufmerksam zu machen und so diesen Konflikt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Da die EU-Kommission offen sagt, sie wolle das Gerichtsurteil möglichst umgehen, wird vom Parlament erhöhte Wachsamkeit gefordert.

### Rwanda

Im April war ich für drei Tage in Rwanda und habe an den öffentlichen Trauerfeiern für die Opfer des Genozids vor 23 Jahren teilgenommen. Dabei versprach ich einem Ausschuss des dortigen Parlaments, in Zusammenarbeit mit dem obersten Gerichtshof von Rwanda mich für die Auslieferung von Massenmördern einzusetzen, die sich immer noch unbehelligt in Europa aufhalten. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den Friedensprozess zwischen den Volksgruppen in Rwanda.



Im Herbst 2016 konnte ich mir in der Osttürkei ein persönliches Bild über die Lage der Kurden machen.

Foto: Klaus Buchner

## Miteinander reden

Sehr gerne halte ich Vorträge über Themen, die mir wichtig sind. So komme ich ins Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern und kann sie für meine politische Agenda begeistern. Auch an Podiumsdiskussionen nehme ich gerne teil, um mich mit ihnen auszutauschen und meine Standpunkte zu überprüfen.



Eine fachlich hochkarätige Veranstaltung zum Thema Landwirtschaft organisierten meine Mitarbeiter im Berliner Büro. v. l. n. r.: Klaus Buchner, Florence von Bodisco, Matthias Runkel (FÖS) und Dr. Ursula Hudson (Slow Food).

Foto: Claude Köhnen

Während meiner Tour durch Bayern konnte ich viele interessante Menschen treffen und – wie in diesem Fall – sogar gemeinsam mit ihnen kochen.



Foto: Willi Streit



In der Ukraine sprach ich mit der stellvertretenden Premierministerin Ivanna Klymush-Tsyntadze.

Foto: Maximilian Schröder

Für mehr Tierschutz engagierte ich mich beim großen Tierschutztag in Stuttgart.



Foto: Uli Stein

## Kontaktdaten:

### Bürgerbüro Berlin

Mitarbeiter: Claude Kohnen,  
Florence von Bodisco  
Abgeordnetenbüro Buchner  
Ebelingstr. 8, 10249 Berlin  
Tel. +49 (0) 30/ 42 08 67 00  
kohnen@klausbuchner.eu,  
bodisco@klausbuchner.eu

### Büro München

Mitarbeiterin: Angelika Demmerschmidt  
Tel. Mobil: +49 (0) 172 95 42 700  
demmerschmidt@klausbuchner.eu

### Büro Brüssel/Straßburg

Mitarbeiter: Paul Diegel,  
Simone Lettenmayer  
Rue Wiertz 60, Raum 04E205  
1047 Brüssel/Belgien  
Tel. Brüssel: 0032 2 28 377 39  
Tel. Straßburg: 0033 3 881 757 39  
klaus.buchner@europarl.europa.eu

## Meine Webseiten:

[www.klausbuchner.eu](http://www.klausbuchner.eu)

Hier veröffentliche ich regelmäßig Berichte über meine Tätigkeit. Gerne können Sie sich in den Newsletter-Verteiler eintragen und bekommen direkt Informationen über meine Arbeit im Europäischen Parlament.

[www.klausgrausts.eu](http://www.klausgrausts.eu)

## Soziale Medien:

### Facebook:

[www.facebook.com/prof.dr.klausbuchner](https://www.facebook.com/prof.dr.klausbuchner)

Diese Seite können Sie auch lesen, wenn Sie kein eigenes Profil auf Facebook haben.

[www.facebook.com/klausgrausts](https://www.facebook.com/klausgrausts)

### Twitter:

[https://twitter.com/Dr\\_KlausBuchner](https://twitter.com/Dr_KlausBuchner)

### YouTube:

[www.youtube.com/channel/UC5mvLOELxWV00VHYjrxAeYA](https://www.youtube.com/channel/UC5mvLOELxWV00VHYjrxAeYA)

## Kampagne: „Klaus graust's“

Mein Büro hat eine Kampagne gegen Massentierhaltung und multiresistente Keime ins Leben gerufen. Umfassende Informationen finden Sie unter [www.klausgrausts.eu](http://www.klausgrausts.eu). In meinem Berliner Büro können Sie gerne Infomaterialien bestellen, meine Mitarbeiterin Angelika Demmerschmidt beantwortet Ihre Fragen rund ums Thema.

## Besucherguppen

Immer wieder kommen Besucherguppen nach Brüssel oder Straßburg, um bei einer Plenarsitzung dabei zu sein und um das Parlament anzusehen. Als Parlamentarier habe ich ein bestimmtes Kontingent an Besucherinnen und Besuchern, deren Reise ich aus meinem Budget finanziell unterstützen kann. Bitte wenden Sie sich bei Interesse rechtzeitig an meine Brüsseler Mitarbeiterin Simone Lettenmayer.



Foto: kharhan/fotolia.com



Foto: shutterstock.com